

Geschichte als Waffe

Der Kreml instrumentalisiert die Vergangenheit – gegen seine Nachbarn

Maxim Trudolyubov | Für die meisten Russen findet der Krieg in der Ukraine nur im Fernsehen statt – und dennoch glauben sie, an der Seite der „Guten“ einen archetypischen, patriotischen Kampf gegen den Faschismus auszufechten. Das ist der Erfolg einer Geschichtspolitik, die alles Tragische verbannt und Russland zum alleinigen Kämpfer für die Gerechtigkeit stilisiert.

Persönlichkeiten aus der Geschichte, von mittelalterlichen slawischen Prinzen über Zaren aus dem 19. Jahrhundert bis hin zu Lenin und Stalin, sind beständiger Teil der täglichen Berichterstattung in Russland. Obwohl die meisten dieser historischen Helden bereits buchstäblich in Stein gemeißelt sind, werden deren Vermächtnisse beständig neu definiert: Vor Kurzem hat die Moskauer Stadtverwaltung beschlossen, ein von der Kommunistischen Partei vorgeschlagenes Referendum über den Wiederaufbau des Denkmals des „Eisernen Felix“ vor dem Gebäude des Föderalen Sicherheitsdiensts (FSB) im Zentrum Moskaus abzuhalten. Der „Eiserne“ Felix Dscherschinski, ein polnischstämmiger Bolschewik, war Gründer der sowjetischen Geheimpolizei Cheka, der Vorläuferin des KGB und des heutigen FSB. Vor über 20 Jahren, nach dem gescheiterten Coup kommunistischer Hardliner im August 1991, hatte man die Entscheidung des da-

maligen Moskauer Stadtrats, die Statue des gefürchteten Geheimdienstchefs abzubauen, noch gefeiert. (Schwerer war es allerdings, einen Konsens zu den zahlreichen Lenin-Statuen zu finden; viele stehen bis heute noch im ganzen Land auf ihren Sockeln.) Der Sturz der Dscherschinski-Statue war der erste symbolische Akt eines neuen postsowjetischen Russlands. Ihr Wiederaufbau wäre nicht weniger symbolträchtig.

Hinter dem Referendum steckt kühle politische Berechnung. Dieses Stück „politischer Technologie“, wie russische Wahlkampfmanager ihr Handwerk nennen, forciert eine klare Abgrenzung zwischen den Kommunisten und anderen offiziell zugelassenen Parteien, um der potenziellen Bildung einer Mitte-links-Koalition vorzubeugen. Das ist die Denkweise des Kremls.

Bilder bekommen eine neue Bedeutung: Dscherschinski stand einst für die von der Regierung begangenen

Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Heute sehen viele, aber beileibe nicht alle Russen in ihm ein Symbol neu geschaffener staatlicher Ordnung. Zum ersten Mal seit 24 Jahren führt der Vorschlag, den damaligen Bruch mit dem Sowjetregime teilweise rückgängig zu machen, zu einem Referendum. Aber nicht nur das: Dscherchinskis Statue hat einen ernsthaften Konkurrenten. Die Moskauer Stadtverwaltung hat über einen neuen Standort für die riesige Statue des Heiligen Wladimir zu entscheiden, des Prinzen, der im späten 10. Jahrhundert den Kiewer Rus christianisierte. Infrage kommt dabei auch der Platz vor dem FSB-Gebäude – und das ist ein Dilemma für die Beamten. Sie müssen nun zwischen einem Heiligen und dem Gründer der Cheka entscheiden, wohl wissend, dass Putin beide sehr schätzt.

Im heutigen Russland wird die Vergangenheit nicht nur debattiert und manipuliert – sie wird als Waffe eingesetzt. Als sich der Konflikt mit der Ukraine zuspitzte und die Zusammenstöße zwischen der Polizei und Demonstranten auf dem Maidan eskalieren, haben die staatlich kontrollierten Medien die ukrainischen prowestlichen Aktivisten als „Banderadisten“ abgestempelt. Stepan Bandera wurde im Westen der Ukraine als Volksheld gesehen und galt im Rest der Sowjetunion als Nazispitzel. Die Instrumentalisierung seines Bildes im aktuellen Konflikt zielte darauf ab, den Westen gegen den Osten der Ukraine und die ukrainische gegen die russische Gesellschaft aufzubringen.

Mit der gleichen politischen Berechnung wurde die neue ukrainische Regierung im russischen Fernsehen

als „faschistische Junta“ denunziert. Es ist nicht zu bestreiten, dass rechtsradikale Kräfte Teil der ukrainischen Politik waren – obwohl sie nur 1,8 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2014 gewannen – und einige Freiwilligenbataillone zum Entsetzen europäischer Ukraine-Sympathisanten Nazisymbole zeigten. Aber die russische Berichterstattung ist über alle Maßen aufgebauscht: „Rechter Sektor“ war das

am zweithäufigsten genannte Wort im ersten Halbjahr 2014. Würde man den russischen Medien trauen, so hätte Anfang März 2014 eine von Medien generierte und der NATO unterstützte, banderadistische Diktatur die Grenzen Russlands bedroht. Die Annexion der Krim und der anschließende Konflikt in der Ostukraine wurden in Anlehnung an die russische Bezeichnung für den Zweiten Weltkrieg als neuer Großer Patriotischer Krieg gegen wiedererstandene Nazikräfte gezeichnet.

Wir sind die Guten!

Dieser für die meisten Russen nur vom Fernsehsessel aus gekämpfte Krieg gegen den Faschismus erwies sich als voller Erfolg. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, die jahrzehntelang das wichtigste Instrument zur Herstellung sozialen Zusammenhalts im auseinanderbrechenden postsowjetischen Imperium war, wurde dazu benutzt, die russische Gesellschaft mitzureißen und sie gegen den engsten Nachbarn zu wenden. Die Mehrheit der Bevölkerung akzeptierte die neuen Spielregeln und

Der Zweite Weltkrieg stellte sozialen Zusammenhalt her

goutierte die täglich eintreffenden Kriegsmeldungen. Viele Russen, die vor wenigen Jahren noch gegen die nationale Politik des Kremls protestierten, identifizierten sich nun mit der „Weltmacht“ Russland als dem einzigen Staat, der sich für Recht und Ordnung einsetze. Nationale Nach-

richtensendungen und Talkshows ergingen sich in dramatisierten Erzählungen über den Kampf der Guten

in Moskau gegen die Bösen in Washington, der auf allen Ebenen stattfindet – von der Zukunft der Ukraine bis hin zu internationalem Fußball. Düstere wirtschaftliche Aussichten? Egal! Das Gefühl, wieder eine Weltmacht zu sein, verschuf vielen Befriedigung. Laut dem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut Levada erreichte Wladimir Putin jüngst eine noch nie dagewesene Zustimmungsrate von 89 Prozent.

Für die meisten Russen – und das ist der große Erfolg des Kremls – ist dieser Krieg archetypisch und patriotisch. Für die Beteiligten in der Ukraine aber bedeutet dieser Krieg vor allem den Verlust von Leben, Freiheit, Eigentum und Frieden. Laut dem Büro der Vereinten Nationen zur Koordinierung der humanitären Hilfe wurden seit April 2014 mehr als 6500 Menschen getötet, hinzu kommen 16 000 Verwundete. Mit mehr als 1,3 Millionen Menschen, die ihre Heimat verloren haben, ist die Ukraine das Land mit der neuntgrößten Anzahl von Binnenflüchtlingen. 890 000 Menschen sind in Nachbarländer geflohen. Die Lage in der Ostukraine ist zu einer humanitären Tragödie geworden.

Und was denken die Russen? Sie sehen den Zusammenhang nicht. Meine Landsleute, historisch eng verbunden mit der Ukraine, sind plötzlich feindselig geworden: Im Mai 2015 beschrieben 59 Prozent der Russen ihre Einstellung gegenüber Kiew als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Anfang 2014, kurz vor der Annexion der Krim, waren es nur 26 Prozent. Die Feindseligkeit gegenüber dem Westen, insbesondere gegenüber der Europäischen Union und den USA, ist enorm gewachsen. Im Mai 2015 stellte Levada fest, dass 71 Prozent der Russen ein schlechtes Bild der EU hatten; Anfang 2014 lag der Wert noch bei 30 Prozent.

Gute oder schlechte Zeiten?

Dabei wäre es gar nicht richtig zu behaupten, der Kreml nutze Geschichte, um die Massen zu manipulieren. Wladimir Putin, der immer wieder betont, dass Geschichte sein Lieblingsfach in der Schule gewesen sei, scheint fasziniert von russischer Historie. Er spricht gerne darüber, wie sie in russischen Schulen unterrichtet werden sollte und kommentiert selbst bereitwillig wichtige Momente unserer Vergangenheit. Die westliche Geschichtsschreibung, nach der ganze Epochen der russischen Vergangenheit tragisch und kriminell gewesen seien, lehnt Putin entschieden ab. Als Beispiel dient der Stalinismus: „Die stalinistische Ära kann man nicht als Ganzes bewerten“, so Putin in einer Livesendung von 2009, wie *Iswestija* berichtete. „Es ist offensichtlich, dass zwischen 1924 und 1953 das von Stalin regierte Land einen drastischen Wandel erlebt hat. Aus einer Agrarmacht wurde eine Industriemacht.“

Putin spricht gerne darüber, wie Geschichte unterrichtet werden soll



Man muss wohl zugeben, dass der Bauernstand nicht überlebt hat (...), aber es hat auch eine Industrialisierung stattgefunden.“

Die Botschaft ist: Industrialisierung gut, Massenmorde schlecht. „Es ist an der Zeit, dass wir uns nicht nur auf die schlechten Dinge unserer Geschichte besinnen. Wir gehen härter mit uns um als unsere Gegner“, sagte Putin 2013 während einer jährlichen Zusammenkunft internationaler Russland-Experten, des Valdai-Klub. „Wir müssen stolz auf unsere Geschichte sein.“ Hier zeigt sich eindeutig keine russische Variante der deutschen Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus und des Holocaust. Das ist etwas ganz anderes.

Putin versteht, dass die meisten seiner Vorgänger im Kreml Fehler und Verbrechen begangen haben, und er ist bereit, diese zu korrigieren. Aber die

Frage ist, was er für Fehler hält. Putin sieht die russische Geschichte aus einer sehr speziellen Perspektive: eben der Perspektive seiner Machtzentrale im Kreml. Ihn beschäftigen Verbrechen gegen den Staat, gegen die Kontinuität staatlicher Macht und Sicherheit und nicht Verbrechen gegen die Menschlichkeit. „Die größten Verbrecher unserer Geschichte sind Schwächlinge wie Zar Nikolaus II. und Michail Gorbatschow, die es erlaubt haben, dass ihnen die Macht entgleitet und in die Hände von Hysterikern und Verrückten fällt“, habe Putin dem amerikanischen Journalisten Ben Judah in vertrauter Runde gesagt. Und dieser Präsident habe geschworen, so Judah, „niemals das Gleiche zu tun.“¹

Kein neuer Nikolaus II. oder Gorbatschow werden zu wollen beziehungsweise deren Fehler zu vermeiden, ist eine hoch praktische und

War das stalinistische System nach Putins Geschichtsverständnis grundsätzlich akzeptabel? Propaganda-Plakat aus den dreißiger Jahren

¹ Ben Judah: Behind the Scenes in Putin's Court. The Private Habits of a Latter-Day Dictator, Newsweek, 1.8.2014.

**Putins wichtigstes Ziel:
die Fehler seiner
Vorgänger zu vermeiden**

pragmatische Haltung. Dazu gehören einige Entscheidungen, die westlichen Beobachtern marginal oder irrelevant erscheinen mögen. Und es beinhaltet die Vermeidung von Maßnahmen, die den Mächtigen gefährlich werden könnten: 1914 hatte Nikolaus II. den Verkauf von Alkohol während der Mo-

bilisierungskampagne verboten und das Verbot dann für die gesamte Kriegszeit verlängert. Auch Gorbatschow hatte die Produktion und den Verkauf von Alkohol in den achtziger Jahren eingeschränkt. Beide Entscheidungen haben den russischen Haushalt stark belastet, denn der Verkauf von Wodka ist seit jeher eine wichtige Einnahmequelle für den Staat. Man könnte sogar behaupten, dass das Alkoholverbot zum Fall des Russischen Imperiums beigetragen hat. Obwohl Putin selbst exzessiven Alkoholkonsum ablehnt, wird er kaum eine Kampagne gegen die russische Trinkkultur auf den Weg bringen: Während der Hochphase der Abwertung des Rubels im vergangenen Jahr sorgte er vielmehr dafür, dass der Wodkapreis niedrig blieb.

Auch aus seinem Umgang mit der Opposition lässt sich erkennen, dass Putin bereitwillig aus den Fehlern der Vergangenheit lernt. Er begeht nicht den Fehler stalinistischer Exzesse und hütet sich geradezu penibel, die Anzahl seiner Opfer zu hoch werden zu lassen. Damit vermeidet sein Regime auch die Stilisierung von Helden. Unerwünschte Personen werden nicht wegen ihrer politischen Überzeugungen und Aktivitäten verurteilt. Man hängt ihnen kriminelle Machenschaf-

ten wie Diebstahl und Betrug an. So wurde der Oppositionspolitiker Alexei Navalny wegen Betrugs verurteilt. Damit ihm daraus aber kein politisches Kapital erwachsen kann, hat man ihm die Gefängnisstrafe erlassen. Navalnys jüngerer Bruder hingegen wurde für das gleiche Delikt mit dreieinhalb Jahren Gefängnis bestraft.

Der Umgang mit der Intelligenzija ist ein weiteres Feld, auf dem der Kreml die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. Im Vergleich zum Zarenreich oder zur Sowjetunion sind die Kontrolle und Zensur von Informationen und Kommentaren gering. Künstler, Autoren, Regisseure und die linksliberale Mittelschicht im Allgemeinen sind frei zu lesen und zu sagen, was sie wollen – allerdings innerhalb enger Grenzen. Eliten, die mit der politischen und wirtschaftlichen Situation in Russland unzufrieden sind, hält man dazu an, das Land zu verlassen. So wird Druck aus dem System genommen.

Auch den Krieg der sowjetischen Führung gegen Kirche und Religion vor allem während der anfänglichen Umbruchjahre und unter Stalin sieht man als Fehler. Sowohl Gorbatschow als auch Boris Jelzin pflegten einen freundlichen Umgang mit der russisch-orthodoxen Kirche und anderen Religionsgemeinschaften. Das heutige Regime hebt die Beziehung mit der patriotischen Kirche auf ein ganz neues Niveau; die Trennung von Staat und Kirche verschwindet.

Auch Nikita Chruschtschows Fehler – und davon gibt es in der Sicht der heutigen Kremlherrscher viele – gilt es zu vermeiden. Die Annexion der Krim, die Chruschtschow 1954 der Ukraine überlassen hatte, ist nur

eine von Putins „Korrekturen.“ Während der Kuba- und der Berlin-Krise hatte die Sowjetunion unter Chruschtschow eine direkte Konfrontation mit dem Westen riskiert. In beiden Fällen gerieten die Supermächte nahe an eine offene nukleare Auseinandersetzung und beide Male mussten sie von ihren bisherigen Haltungen abrücken. Putin ist entschlossen, jegliche Handlung zu vermeiden, die er, wie Chruschtschow während der Kuba-Krise, später eventuell revidieren müsste. In dieser Logik ist es höchst unwahrscheinlich, dass Putin seine Position in der Ukraine überdenkt.

Was war gut an Stalins Erbe?

Putins perfekter Herrscher scheint eine Weiterentwicklung Gorbatschows, Breschnews, Chruschtschows und, wie könnte es anders sein, Stalins zu sein: eine schlauere, pragmatischere und rationalere Version. Dies ist einmal mehr eine Perspektive aus dem Machtzentrum Kreml. Putin konzentriert sich auf Russland und sieht alle anderen Nationen als Peripherie.

Diese Vision ist trügerisch simpel und äußerst verwirrend zugleich. Bedeutet das, dass das stalinistische System grundsätzlich akzeptabel war und dass es im Grunde um eine „aufgeräumte“, etwas ordentlichere Version des Stalinismus geht? Verkennt diese Vorstellung, dass die Welt sich in den vergangenen 100 Jahren geändert hat? Welche Teile von Stalins Erbe waren gut und welche nicht? Der chinesische Führer Deng Xiaoping hat einmal die Losung ausgegeben, dass Maos Politik zu 70 Prozent gut und zu 30 Prozent schlecht war; Putin selbst liefert kein klares Größenverhältnis. Die Aussage „Industrialisierung gut,

Massenmorde schlecht“ ist zu allgemein; und studiert man die Geschichte genauer, so ist klar, dass das Eine nicht ohne das Andere möglich gewesen wäre.

Einige von Putins Auffassungen werden in diesem Licht verständlicher, wenn auch nicht annehmbar. Putins Versuch, Bundeskanzlerin Angela Merkel eine neue, andere Interpretation des Molotow-Ribbentrop-Pakts von 1939 zwischen der Sowjetunion und Nazideutschland näherzubringen, mag peinlich wirken, ist aber typisch Putin. Er war geradezu entlarvend aufrichtig, als er nach den Siegesfeierlichkeiten der Alliierten des Zweiten Weltkriegs im Mai dieses Jahres behauptete, der Pakt sei dazu gedacht gewesen, einen Krieg zu verhindern. Die Aufteilung Europas, die Finnland, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien und eine Hälfte Polens in eigene Einflusssphären brachte, war seiner Meinung nach ein annehmbarer Teil von Stalins Erbe – das zumindest erzählt er jedem, der es hören mag.

Es gibt meiner Meinung nach aber einen weiteren Grund für diese „Neuinterpretation“ Putins: Deutschland sollte wegen seiner Geschichte nicht zu harsch mit sich selbst umgehen. Putins Geschichtsphilosophie lässt vermuten, dass er nicht verstehen will, dass Vergangenheitsbewältigung in Deutschland ein freiwillig begonnener Prozess war – er hält sie für einen von den Amerikanern aufgewungenen Prozess. Vermutlich glaubt Putin, dass er sich doch nur freundlich und großzügig verhält,

Putin will nicht verstehen, dass Vergangenheitsbewältigung freiwillig ist

wenn er nicht die gesamte Politik der Nationalsozialisten für falsch befinden mag. Die Gleichung ist eben: Manches war schlecht, manches aber nicht, genau wie im Stalinismus. Man nehme die Industrialisierung, addiere zweckdienliche Geopolitik und subtrahiere Massenmord.

Der Kreml hat große Fortschritte in Richtung seines Zieles gemacht, nämlich eine Gesellschaft unter einer

Der Kreml will eine Gesellschaft unter einer Glasglocke schaffen

„Glasglocke“ zu schaffen, deren eigenes historisches Narrativ keine Berührung mehr mit jenen der Nachbarländer hat und deren öffentlicher Diskurs sich allein um die glorreiche Rolle Russlands in der Welt dreht. Diese Abgrenzung gelingt, weil die sowjetische Geschichte zwar genauso traumatisch für Russland war wie für Esten, Polen und Tschechen.

Nur konnten Estland, Polen und Tschechien die Schuld für das eigene Elend Russland zuschreiben und sich mit der Trennung von der Sowjetunion auch von der eigenen Vergangenheit trennen. Russland, das vormalige Zentrum des Imperiums, in dem die Eliten vor allem aus dem Politik- und Sicherheitsapparat kamen, konnte seiner Geschichte nicht so leicht entfliehen. Vielmehr zieht die russische Gesellschaft ihre Geschichte entweder hervor, um sie hemmungslos zu glorifizieren, oder aber als Waffe gegen die eigenen Nachbarn einzusetzen – vor allem gegen jene Nachbarn, die versuchen, sich von Russland zu lösen.

„Wenn sich ein ganzes Kollektiv mit einer historischen Tragödie aus-

einandersetzt, muss es die Rollen von Gut und Böse zuordnen und sich mit einer der beiden Seiten identifizieren“, glaubt Arseny Roginsky, Leiter von International Memorial, einer Nichtregierungsorganisation, die sich der historischen Aufarbeitung und den Menschenrechten in Russland verschreibt. „Es ist immer einfacher, sich mit den Guten zu identifizieren und sich selbst als unschuldiges Opfer, oder noch besser, als heldenhaften Kämpfer gegen das Böse zu sehen. Man kann sich aber, so wie die Deutschen, auch mit dem Bösen auseinandersetzen, um sich von ihm zu distanzieren und zu sagen: Ja, das waren wir; aber so sind wir nicht mehr und wollen es auch nie wieder sein.“

Die russische Gesellschaft war noch nie sonderlich bekannt für ihre Offenheit. Seit 2014 hat sie sich noch weiter abgeschottet. Russland ist zu einem Ort der Verwirrung geworden, in dem man von der eigenen Vergangenheit überfordert ist. Und dennoch sucht die russische Gesellschaft nach einem klareren Pfad, mit ihrer Geschichte umzugehen. Aus diesem Umstand lässt sich erklären, warum sie einen Krieg gegen den Faschismus vom Fernsehsessel aus verfolgt und sich mit den vermeintlich Guten identifiziert, die die Bösen bekämpfen.



Maxim Trudolyubov ist verantwortlicher Redakteur für die Meinungsseite der russischen Zeitung *Vedomosti* und Op-Ed-Kolumnist der *International New York Times*.

